**Arbeitsblatt 3a**

**Die Endphase der Weimarer Republik:**

**Die Folgen der Anwendung der Artikel 25 und 48 WRV für die Demokratie**

**Hintergrund**

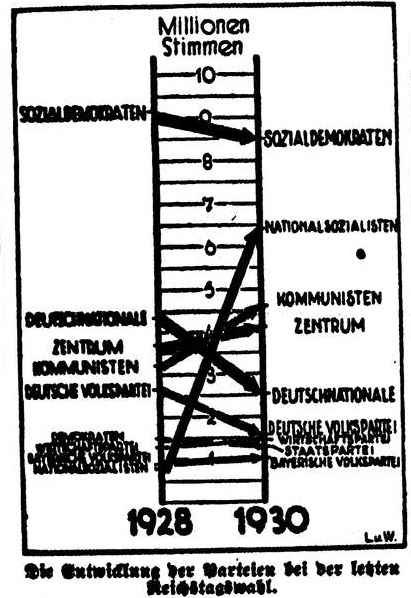
Im Juli 1930 war die SPD die stärkste Partei im Reichstag - sie hatte rund 9,5 Millionen Stimmen gewonnen und damit 153 von 491 Sitzen. Die SPD führte daher die Opposition gegen Reichskanzler Heinrich Brüning an und erzwang die Aufhebung von dessen Notverordnungen. Darauf reagierten Brüning bzw. Hindenburg mit der Auflösung des Reichstags. Am 14. September 1930 wurde ein neuer Reichstag gewählt.

Brüning hatte auch danach die Mehrheit des Reichstags gegen sich. Er blieb allerdings Kanzler und regierte weiterhin mit Notverordnungen - bis Hindenburg ihm Ende Mai 1932 schließlich das Vertrauen entzog. Die SPD verzichtete in dieser Zeit darauf, die Aufhebung von Brünings Notverordnungen zu erzwingen.

**Aufgabe**

Erkläre anhand des Schaubilds, weshalb die Sozialdemokraten nach den Wahlen im September 1930 nicht mehr versuchten, die Aufhebung von weiteren Notverordnungen zu erzwingen.

Das Schaubild aus der *Freiburger Zeitung* vom 19. September 1930 zeigt "Die Entwicklung der Parteien bei der letzten Reichstagswahl".



"Sozialdemokraten"

"Nationalsozialisten"

"Kommunisten"

"Zentrum"

"Deutschnationale"

"Deutsche Volkspartei"

"Wirtschaftspartei"

"Staatspartei"

"Bayerische Volkspartei"

"Die Entwicklung der Parteien bei der letzten Reichstagswahl."



**Quelle (adaptiert):**[Freiburger Zeitung](http://fz.ub.uni-freiburg.de/show/fz.cgi?cmd=showpic&ausgabe=01&day=19b2&year=1930&month=09&project=3&anzahl=4), 19.09.1930, 2. Abendblatt, S. 1.

**Abbildung:** [Universitätsbibliothek Freiburg](https://www.ub.uni-freiburg.de/go/dipro) , [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode)